

Empfehlungen des Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der Friedrich- Schiller-Universität Jena zur Fortentwicklung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Autor: Matthias Quent

Oktober 2013

Kompetenzzentrum Rechtsextremismus

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Fürstengraben 1

07743 Jena

Inhalt

Zusammenfassung der wichtigsten Empfehlungen	2
1. Einleitung.....	3
2. Vorbemerkungen.....	4
3. Begriffe und Inhalte.....	9
4. Paradigmen der Auseinandersetzung	10
5. Stellschrauben zur Qualitätssicherung.....	13
6. Literatur	16

Zusammenfassung der wichtigsten Empfehlungen

1. Islamismus und Linksextremismus können aus wissenschaftlicher Perspektive nicht in eine Reihe mit dem Einstellungssyndrom „Rechtsextremismus“ gestellt werden. Sie stellen aktuell keine Gefahr für die demokratische Kultur in Thüringen dar. Die Empfehlung lautet, auch in den Formulierungen Konzentrationen vorzunehmen.
2. Die Verwendung des Extremismusbegriffs ist aus mehreren Gründen problematisch – eine mögliche Alternative bietet die Fokussierung auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen.
3. Die Positive Konnotation des Programmtitels (*Für* Demokratie...) wird begrüßt.
4. Prävention und Repression folgen in der Regel konfligierenden Zielen. Für das Landesprogramm empfiehlt sich eine klare Ausrichtung auf die Prävention.
5. Das Kompetenzzentrum spricht sich gegen die Einbindung des Verfassungsschutzes in die präventive Arbeit im Bereich „Rechtsextremismus“ aus.
6. Der Begleitforschung ist für die Weiterentwicklung sowie die Qualitäts- und Wirksamkeitssicherung ein hohes Gewicht beizumessen.
7. Es wird empfohlen, nach Möglichkeiten zu suchen, um die Nachhaltigkeit und Verstetigung von Maßnahmen und Projekten über einjährige Haushaltsbefristungen hinaus zu gewährleisten.

1. Einleitung

Das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus der FSU Jena hat sich in mehreren Arbeitsschritten mit Möglichkeiten zur Fortentwicklung des „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ beschäftigt, um dazu beizutragen, die Wirksamkeit dieses Programmes zu optimieren.¹ Auf der Grundlage eines Überblicks- und Positionspapiers hat sich das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus in einem Workshop am 3. Juni 2013 mit dem Landesprogramm befasst. Die Diskussion konzentrierte sich auf drei Schwerpunkte: erstens die im Programm vorgesehenen Handlungsformen Prävention, Intervention, Repression; zweitens Ansatzpunkte und Vorschläge zur stärkeren sprachlichen und sachlichen Fokussierung des Programms, für die das Kompetenzzentrum nachdrücklich plädiert; und drittens weitere Vorschläge zur Qualitätssicherung. Alle an der Diskussion Beteiligten waren sich der Unterschiede zwischen wissenschaftlichem Diskurs und seiner Neigung, analytische Differenzierungen voranzutreiben und scheinbar Selbstverständliches infrage zu stellen und der politischen Programmatik, die unter Kompromissnotwendigkeiten und dem Zwang zur eingängigen Formel steht, bewusst. Dennoch lautete das Credo der Diskussion zu diesem Zeitpunkt: klare Formulierungen, klare Fokussierungen. Die Ergebnisse der Diskussion im Workshop wurden bei der Jahrestagung zur Fortentwicklung des Landesprogramms Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit am 17. Juni 2013 in Weimar von Herrn Prof. Dr. Dicke vorgestellt. Diskussionsbeiträge des Plenums zu den von Prof. Dr. Dicke präsentierten Ergebnissen haben Eingang in den vorliegenden, von Matthias Quent verfassten Empfehlungskatalog des Kompetenzzentrums gefunden. Dieser soll der effektiven Qualitätsverbesserung und -sicherung des Programmes und der geförderten Projekte dienen. Im Rahmen der vier Regionalkonferenzen des Landesprogrammes im November 2013 werden die Empfehlungen mit den lokalen Akteur(inn)en sowie Maßnahmeträgerinnen und -trägern des Programmes diskutiert. Die Mitglieder des Kompetenzzentrums hoffen, ihren Beitrag zugunsten der Weiterentwicklung der demokratischen Kultur im Freistaat beizusteuern und bieten an, auch künftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Programmbegleitung und -entwicklung mitzuwirken.

¹ Die Ausführungen beziehen sich auf die aktuelle Fassung des Thüringer Landesprogrammes für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, welches aus der Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtages vom 29.09.2009 hervorging, alle „Maßnahmen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in einem Landesprogramm zu bündeln“.

2. Vorbemerkungen

Der Transfer (sozial)wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Politik ist häufig ein schwieriger und für beide Seiten unbefriedigender Prozess. Die schonungslose Darstellung gesellschaftlicher Zustände ist nicht immer erwünscht und wirkt nicht selten ohnmächtig, wenn es um die Ableitung konkreter Handlungsempfehlungen aus empirischen Befunden geht. Politik, Presse und Öffentlichkeit neigen zur selektiven Auswahl/Nutzung von Wissens(teil)beständen von Forscherinnen und Forschern und ziehen in die Entscheidungsfindung bevorzugt jene Erkenntnisse ein, welche die eigene Position unterstützen. Nach 30 Jahren Forschung zu „Rechtsextremismus“, Abwertung, Diskriminierung und Ausgrenzung und den zehnjährigen Untersuchungen zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF) resümiert der Projektleiter Wilhelm Heitmeyer Erfahrungen zur gesellschaftlichen Rolle der Rechtsextremismusforschung auch darin, „die ‚beruhigende‘ Unterscheidung zwischen den brutalen Rechtsextremisten einerseits sowie der angeblich humanen Bevölkerung andererseits aufzulösen und somit den oberflächlichen Konsens im Land bewußt zu irritieren und zu stören. Denn Teile der Bevölkerung sind nun einmal beteiligt an der Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen im Alltag und zugleich nützliche Legitimationsbeschaffer für Gewalttäter.“ (Heitmeyer 2012a: 321).

Der in der Gesellschaft kontinuierlich vorhandene Vorrat an rechtsextremen Einstellungen und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen wurde empirisch erstmals mit SINUS (Greiffenhagen 1981) belegt: Über 13 Prozent der Deutschen teilten demnach ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. In mehr als 20 Jahren empirischer Rechtsextremismusforschung haben sich die Messinstrumente verändert, doch das Einstellungssyndrom „Rechtsextremismus“ erfährt weiterhin große Zustimmung. 2012 wurde bei neun Prozent der Deutschen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild beobachtet (Decker et al. 2012: 54). Seit 2000 berichtet der Thüringen Monitor turnusmäßig den Anteil rechtsextrem eingestellter Thüringerinnen und Thüringer (2012: zwölf Prozent). Ihre kontinuierliche Virulenz wirft die Frage nach den Quellen dieser Ungleichwertigkeitsideologien auf. Antworten darauf sind notwendig, um durch effektive Präventionsmaßnahmen gezielt in die Entstehungs- und Reproduktionsprozesse von Ungleichwertigkeitsvorstellungen intervenieren zu können. Die Sozialwissenschaften haben unterschiedliche Ursachenfaktoren identifiziert. Als die wichtigsten Prädiktoren für die Affinität zu rechtsextremen Einstellungen benennen die Verfasser des Thüringen Monitors autoritäre Orientierungen, niedrigen Bildungsabschluss, empfundene Diskriminierung der Ostdeutschen, den verfestigten Eindruck, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben und die politische Eigenkompetenzzuschreibung (Best und Salheiser: 92).

In einem aus empirischen Befunden abstrahierten heuristischen Modell integriert Heitmeyer (2007; 2012c) die unterschiedlichen Wirkungsbedingungen und Prozesszusammenhänge, welche die wechselseitige Reproduktion menschenfeindlicher Mentalitäten in der Bevölkerung und rechtsextremer/rechtspopulistischer Politikangebote vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Strukturentwicklung verdeutlichen. Die Analyse dieser wechselseitigen Prozesse ist notwendig, um auch über repressive, kontrollorientierte Praktiken hinaus „die Interventionschancen bei vorhandenem politischen Willen bzw. Interventionsinteressen in der Bevölkerung zu verbessern“ (Heitmeyer 2012c). Dabei sind sechs Prozesse zu kennzeichnen (Ebd.):

- Prozess 1: Politische Entscheidungen, die soziale Desintegration für Gruppen in der Gesellschaft erzeugen, verstärken Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung.
- Prozess 2: Menschenfeindliche Mentalitäten verändern negativ das soziale Klima und die demokratische politische Kultur in den Sozialräumen von Städten und Gemeinden.
- Prozess 3: Menschenfeindliche Mentalitäten schaffen Legitimationen für den organisierten oder subkulturellen Rechtsextremismus und rechtspopulistische Aktivitäten.
- Prozess 4: Organisierter Rechtsextremismus bietet ein Wahlangebot und knüpft an den Zusammenhang von Desintegration und Demokratieentleerung an. Von besonderer Bedeutung ist das rechtspopulistische Mobilisierungspotenzial.
- Prozess 5: Organisierter Rechtsextremismus skandalisiert gesellschaftliche Entwicklungen der Desintegration und der Effekte eines autoritären Kapitalismus. Lokale wie regionale Wahlerfolge führen zu einer "Normalisierung" rechtsextremistischer Parteien in Teilen der Bevölkerung.
- Prozess 6: Gegenreaktionen: Staatliche Repression und zivilgesellschaftliche Intervention müssen statt wie bisher in mechanistischer Einwirkung vielmehr in komplexerer Dynamik der Interaktionen gedacht werden.

Gestalt und Virulenz von Desintegrationsrisiken, rechtsextremen bzw. gruppenbezogenen-menschenfeindlichen Orientierungen und Geländegewinnen rechtsextremer und rechtspopulistischer Politik- und (Sub)Kulturangebote unterscheiden sich zwischen Sozialräumen zum Teil erheblich. Wie verschiedene Untersuchungen betonen, sind ländliche und strukturschwache Regionen besonderen Risiken ausgesetzt. So polarisiert sich die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen in sozio-ökonomisch schlechter und besser situierten Regionen: Während in der Gruppe der stabilen Kreise durchschnittlich *nur* 11,5 Prozent der Bevölkerung ein

rechtsextremes Weltbild aufweist, sind es in den abdriftenden Regionen des Freistaates 21,5 Prozent. (Quent 2012a)

Aus Sicht des Kompetenzzentrums fordern im Freistaat Thüringen insbesondere die folgenden spezifischen Risikopotenziale die Demokratie heraus:

- Thüringen hat bundesweit den zweitniedrigsten Ausländeranteil (2,3 Prozent). Damit gehen Homogenität sowie interkultureller und internationaler Kontaktmangel einher. Der hier vielfach nicht vorhandene Kontakt mit Einwanderinnen und Einwanderern ist jedoch einer der „wichtigsten Schutzfaktoren vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Zick et al. 2011: 16).
- Die regressive soziodemografische Entwicklung und zunehmende sozialräumliche Segregation erhöhen die Desintegrations- und Deprivationsrisiken insbesondere in ländlichen Regionen und begünstigen neue Handlungs- und Möglichkeitsräume für den organisierten Rechtsextremismus (Quent 2013).
- Das für Ostdeutschland typische, besonders hohe Gewaltpotenzial des organisierten Rechtsradikalismus und dessen subkulturelle Attraktivität vor allem für Jugendliche (Quent 2012c, 2012b).
- Der im Bundesvergleich überdurchschnittliche Zuspruch zu rechtspopulistischen Positionen in Thüringen (Babka von Gostomski et al. 2007: 120).
- Die Überwindung der eigenen „Angebotsschwäche“ (Edinger 2010) der NPD, die zu einem Einzug in den Landtag führen kann.

Es gibt auch empirische Befunde, die verhalten optimistisch stimmen. Nach Ergebnissen des Thüringen Monitors 2012 lag der Zustimmungswert für fremdenfeindliche Überzeugungen zuletzt auf dem geringsten Wert seit Beginn der Messung. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt sind die Zustimmungswerte zu den zwei fremdenfeindlichen Items in Thüringen dennoch deutlich höher.² Unter das Niveau der ersten Erhebungsjahre gesunken sind die Zustimmung zu sozialdarwinistischen Aussagen, die Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen. Nationalistisch-chauvinistische Überzeugungen und die Affinität zu einer rechten Diktatur verzeichneten parallel zueinander nach der Jahrtausendwende einen deutlichen Anstieg (Vgl. Abbildung 1), haben sich inzwischen allerdings wieder auf die Zustimmungswerte der ersten Jahre eingependelt (Best und Saalheiser 2012: 80).

Abb. 48: Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus 2001–2012 (in Prozent)

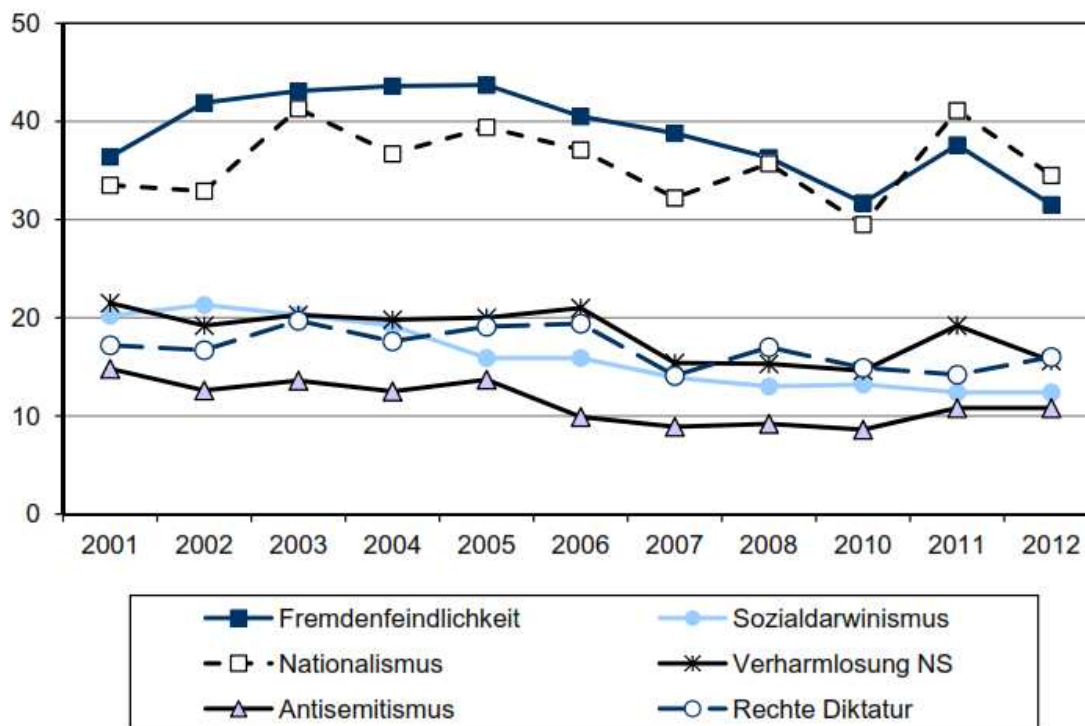


Abbildung 1: Zustimmung zu den Dimensionen des „Rechtsextremismus“ 2001–2012 in Prozent (Quelle: Best und Saalheiser 2012)

² „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“ – Zustimmung BRD: 37,2 Prozent, Zustimmung Thüringen: 49 Prozent; „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ – Zustimmung BRD: 36 Prozent, Zustimmung Thüringen: 44 Prozent (Decker et al. 2012: 34).

Mit einem Anteil von zwölf Prozent rechtsextrem Eingestellter in der Thüringer Bevölkerung attestiert die Untersuchung 2012 den niedrigsten Stand seit der ersten Erhebung. 2010 waren es 13 Prozent, 2011 wurden 17 Prozent gemessen. Insgesamt setzt sich der seit 2006 beobachtete Trend eines Rückgangs rechtsextremer Überzeugungen unter der Thüringer Bevölkerung fort. Die Autoren des Thüringens Monitors weisen darüber hinaus auf den schwachen Zusammenhang zwischen politischer Selbsteinstufung und der empirisch erhobenen Rechtsextremismusaffinität in der Thüringer Bevölkerung hin. Die Gruppe der rechtsextremen Einstellungsträger/-innen setzte sich 2012 zu ähnlichen Anteilen aus sich selbst politisch rechts, mittig und links einordnenden Thüringerinnen und Thüringern zusammen. Dies belegt die theoretische und empirische Unzulänglichkeit des Rechtsextremismusbegriffes und hat Folgen für die Präventionsarbeit:

„Es bleibt eine Mehrheit rechtsextrem eingestellter Thüringer, die sich selbst nicht dem rechten politischen Rand zuordnen. [...] Bleibt der Rechtsextremismusbegriff den Dichotomien ‚Mitte – rechts‘ oder ‚rechts – links‘ verhaftet, kann er weder die politische Struktur noch die Gesellschaft in ihrer Komplexität adäquat erfassen. [...] Es lassen sich zwar Gründe anführen, an dem Begriff ‚Rechtsextremismus‘ festzuhalten [...], wie seine intuitive Verständlichkeit in verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft und eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit für die Rechtsextremismusforschung. Wird diesen vermeintlichen Vorteilen die treffende Zuschreibung des Problem geopfert, richten sich Präventionsprogramme jedoch auf ein falsches, da auf die politische Dimension verengtes Verständnis ‚rechtsextremer‘ Orientierungen.“ (Best und Saalheiser 2012: 88).

„Rechtsextremismus“ mag als Begriff intuitiv bekannt sein, jedoch werden bei den damit verbundenen Zuschreibungen weite Teile der Bevölkerung vor allem medial vermittelte und häufig überholte Vorstellungen verbinden. Eine kritische Selbstreflexion verbreiteter, menschenfeindlicher Orientierungen ist im diskursiven Rahmen des Rechtsextremismusbegriff vor allem unter den Trägerinnen und Trägern abwertender Einstellungen, die sich nicht der politischen Rechten (und schon gar nicht als Extreme) betrachten, kaum zu erwarten. Problematisch hinzu kommen die Verwendung des Extremismus-Terminus als „Kampfbegriff in der tagespolitischen Auseinandersetzung“ (Pfahl-Traughber 2006: 11) und seine Funktion als „Arbeitsbegriff von Verwaltungsbehörden, die mit Aufgaben des Verfassungsschutzes betraut sind“ (Stöss 2005: 17). Diese amtliche Perspektive eignet sich nur beschränkt für die Zwecke der Wissenschaft, Sozialarbeit und der politischen Bildung. Folgerichtig konnte sich der Extremismusbegriff in der sozialwissenschaftlichen Forschung nicht durchsetzen (Neugebauer 2001: 31).

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit kann an Qualität und Wirksamkeit gewinnen, wenn u.a. die genannten Befunde politisch wahrgenommen und bearbeitet

werden. Im Folgenden werden konkrete Handlungsempfehlungen für eine Überarbeitung des Programmes ausgeführt.

3. Begriffe und Inhalte

Maßnahmen gegen „Rechtsextremismus“ sowie deren Wirkungsevaluation leiden oft unter erheblichen Unklarheiten – so auch das Thüringer Landesprogramm. Häufig fehlt bereits die Klarheit darüber, *welcher* „Rechtsextremismus“ gemeint ist (Strobl et al. 2012: 63). Zunächst ist zwar die positive Titulierung „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ aufgrund ihres affirmativen Kerns trotz der Floskelhaftigkeit begrüßenswert. Insbesondere die Verwendung des Begriffes „Toleranz“ hält einer kritischen Betrachtung allerdings kaum stand: Auch Neonazis fordern ein, toleriert zu werden. Toleranz kann man gewähren, aber auch entziehen. Deshalb wird in dem Begriff nicht deutlich, dass es um geschuldeten Respekt und geschuldete Anerkennung verbriefter Menschenrechte geht. Wegen seiner verbreiteten positiven Konnotationen kann der Toleranzbegriff dennoch in der Überschrift des Programms belassen werden. Überaus problematisch ist dagegen die Verwendung des Extremismusbegriffs. Die aktuelle Fassung des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ verweist zurecht darauf, dass rechtsextreme Erscheinungen „gegenwärtig die größte Herausforderung für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde [darstellen].“ Gleichzeitig werden „Linksextremismus und islamischer Extremismus“ unter Bezug auf Ausführungen des Thüringer Verfassungsschutzes als „andere antidemokratische Potentiale in der Gesellschaft“ genannt. Der Rückgriff auf die Extremismus-Formel für die Präventionsarbeit impliziert verschiedene Gefahren, u.a. der politischen Instrumentalisierung, der autoritären Rückbildung und „Verstaatlichung“ der Zivilgesellschaft, der Problem marginalisierung und der Realitätsverfehlung (Roth 2010). Das Extremismus-Konzept ist zudem im Ganzen wissenschaftlich umstritten. Die Parallelisierung von Rechts- und Linksextremismus verkennt, dass es sich hierbei um grundverschiedene und differenziert zu betrachtende Phänomene handelt. Mit der Verwendung des umstrittenen Linksextremismusbegriffs läuft das Landesprogramm zudem Gefahr, mögliche Kooperationspartner abzuschrecken.³ Eine sachliche und sprachliche Fokussierung des Landesprogrammes ist möglich und notwendig. Begriffe wie „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ oder „Ungleichwertigkeitsvorstellungen“ umschreiben den adressierten Sachverhalt und die empirisch zu beobachteten Gefahren für die demokratische Kultur in Thüringen

³ Entsprechende Erfahrungen werden vom renommierten Deutschen Jugendinstitut in ihrem „Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung“ des Bundesprogrammes „Initiative Demokratie stärken“ referiert (Fuhrmann et al. 2011).

wesentlich präziser.⁴ Die auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen basierenden Bedrohungen der demokratischen Kultur in Thüringen können in keiner Weise mit Gefährdungen durch Islamismus oder „Linksextremismus“ gleichgesetzt werden. Erst jüngst berichtete die EJB Weimar nach intensiver Projektarbeit zum Thema, „dass sich ein Vorhandensein linksextremer Einstellungen und Haltungen im Sinne eines Rückgriffes auf geschlossene linksextreme Welt- und Menschenbilder nicht konstatieren lässt“ (Lohe et al. 2013: 271). Mangels einer anerkannten Definition der Einstellungsforschung kann „Linksextremismus“ nur auf Basis des behördlichen Verständnisses definiert werden. Dieses ist aber für demokratiefördernde Präventions- und Interventionsmaßnahmen ebenso wie für die politische Bildung ungeeignet. Die Stigmatisierung als „Extremist“ kann sich sogar als kontraproduktiv erweisen, indem sie gerade für Jugendliche Ansporn zur Radikalisierung sein kann. Die Empfehlung lautet daher, unabhängig von der politischen Richtungslehre die gesellschaftlichen Vorräte an Ungleichwertigkeitsvorstellungen zum zentralen Aspekt des Landesprogrammes zu erheben. Diese Ungleichwertigkeitsvorstellungen drücken sich in den unterschiedlichen Erscheinungsformen der Einstellungssyndrome Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und des „Rechtsextremismus“ aus. Sie gerieren sich in formellen und informellen sowie jugend- und subkulturellen Phänomenen des „Rechtsextremismus“ und Rechtspopulismus zu Objekten der politischen Auseinandersetzung. Politik, Bildung und Zivilgesellschaft, aber auch Kultur und Ökonomie sind wichtige Variablen im Reproduktionskreislauf dieser Phänomene.

4. Paradigmen der Auseinandersetzung

Zweifelsohne ist der Kampf gegen Ungleichwertigkeitsideologien eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unterschiedliche Erscheinungsformen und Qualitäten bspw. des organisierten Rechtsextremismus fordern unterschiedliche Handlungsansätze und Handelnde. Der bisherige Programmtext „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ umfasst sowohl präventive und interventionsorientierte Handlungsfelder als auch repressive Maßnahmen und Strategien in etwa gleichem Umfang.⁵ Damit ist das Thüringer Landesprogramm neben dem bayerischen das einzige

⁴ Ungleichwertigkeitsideologien sind die gemeinsame Basis rechtsextremer Einstellungssyndrome (bspw. im Sinne des Thüringen Monitors), rechtsextremer und rechtspopulistischer Strukturen und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Ungleichwertigkeit stellt somit den Kern der Bedrohung der physischen und psychischen Unversehrtheit der Menschen dar und gefährdet den Willen, „ein möglichst angstfreies Zusammenleben von Individuen und Gruppen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft mitsamt ihrer alltäglichen Lebenspraxis zu realisieren“ (Heitmeyer 2012b).

⁵ Die Grenzen zwischen Prävention und Intervention verlaufen in der Praxis fließend.

seiner Art, in dem der Repression eine zentrale Bedeutung zugerechnet wird.⁶ Dies ist auf den Einfluss des Landesamtes für Verfassungsschutz im Entstehungsprozess des Programmes zurückzuführen.⁷ Prävention/Intervention und Repression verfolgen häufig konfligierende Interessen und Ziele. Repression⁸ und Strafverfolgung sind exklusive Aufgabe staatlich-exekutiver Akteurinnen und Akteure, insbesondere der Polizei. Handlungsleitend sind Gesetze und Verordnungen. Das Landesprogramm fördert jedoch vor allem nicht-staatliche und kommunale Akteurinnen und Akteure sowie Träger/-innen der zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Meinungs- und Strukturbildung. Strafverfolgung sowie -prävention können Präventions- und Interventionsmaßnahmen vorgelagert und für deren Realisierung entscheidend sein, bspw. indem engagierte Personen, Räume und Veranstaltungen polizeilich vor Bedrohungen und Übergriffen geschützt werden. Bei diesen Exekutivmaßnahmen des Schutzes der Bürgerschaft handelt es sich um staatliche Pflichtaufgaben. Das Landesprogramm richtet sich vor allem an zivilgesellschaftlich Engagierte und kann hinsichtlich der Durchsetzung verbrieftener polizeilicher Aufgaben allenfalls appellativ auftreten. Die Nennung der Repression im Landesprogramm schadet der inhaltlichen Klarheit in Bezug auf die Ansprechbarkeit von Akteurinnen und Akteuren sowie der Realisierbarkeit fokussierter Ziele. Die Terminologie der Repression im Landesprogramm ist zudem irreführend, werden in diesem Teilbereich doch vor allem – durchaus sinnvolle – Fortbildungsmaßnahmen für Polizei und andere Beamtengruppen aufgeführt. Das Kompetenzzentrum spricht sich dementsprechend dafür aus, Repression aus dem Programm auszuklammern und den Schwerpunkt auf Prävention zu legen. Insgesamt sollte das Programm zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure dabei bestärken, die Gelegenheits- und Regelstrukturen zu verändern und Maßnahmen zu präferieren, welche die Ausgangslage für Entstehung, Entwicklung und Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und abwertenden sowie rechtsextremen Handlungsdispositionen verschlechtern und die Sensibilität und Wachsamkeit gegenüber gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erhöhen. Dies erstreckt sich ausdrücklich auch auf exekutive Behörden, bspw. durch Kooperationen im Bereich der (Aus)Bildung von (Polizei)Beamtinnen und Beamten. Schwieriger gestaltet sich das Verhältnis zu Geheimdiensten.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die gesellschaftliche Rolle des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik verändert. Unter anderem wird ein verstärktes öffentliches Engagement diskutiert (Pfahl-Traugber und Grumke 2010). Im Zusammenhang mit dem Versagen um die NSU-Mordserie

⁶ Weil die Konzeption und Trägerschaft solcher Programme in den Bundesländern höchst unterschiedlich ist, lohnt sich im Sinne einer lernenden Programmtheorie der vergleichende Blick auf die Umsetzung von Programmen in den anderen Ländern.

⁷ Auch darum ist eine strikte Aufgabentrennung nötig.

⁸ Behördliche Repression (lat.: *re* „zurück“, „wieder“; *primere* „drängen“, „drücken“) i.S.d. Landesprogrammes ist zu differenzieren von politischem Druck, der u.a. durch soziale Proteste und zivilen Ungehorsam ausgeübt werden kann.

haben die Verfassungsschutzämter – allen voran das Thüringer Landesamt – einen Vertrauensverlust erlitten, dessen Folgen noch nicht absehbar sind. Angesichts der begünstigenden Wirkung des Thüringer Verfassungsschutzes für die Radikalisierung der rechtsextremen Szene Thüringens in den 1990er Jahren (Vgl. Thüringer Landtag 2013), dem fehlenden Vertrauen verschiedener Institutionen und Initiativen und der anhaltenden Debatte um die künftige Gestaltung des Geheimdienstes ist dessen öffentliches Sendungsengagement kritisch zu hinterfragen. In der derzeit gültigen Form sieht das Thüringer Landesprogramm vor, dass die „Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit über demokratiefeindliche Bestrebungen“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz „fortentwickelt und intensiviert [wird]“. Die im Bundesverfassungsschutzgesetz (§ 3) dokumentierten „Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder“ regeln jedoch *keinen* Bildungs- oder Präventionsauftrag.⁹ Überdies eignet sich das dem Verfassungsschutz zugrunde liegende Extremismus-Verständnis nicht für die politische Bildung. Generell ist das öffentliche und kontroverse Austragen von politischen Konflikten als demokratisches Prinzip der gefilterten Informationspolitik des Verfassungsschutzes vorzuziehen, denn „geheimdienstliche Informationsbestände sind immer an regierungsamtlich kalkulierte Interessen gebunden, also nicht durchschaubar“ (Borstel und Heitmeyer 2012: 339f). Erschwerend hinzukommt, dass mögliche Kooperationspartnerinnen und -partner des Landesprogrammes sich bei Maßnahmenbeteiligung des Verfassungsschutzes distanzieren könnten. Entsprechende Erfahrungen wurden bei der Jahrestagung des Landesprogrammes 2013 in Weimar referiert. Das Kompetenzzentrum plädiert für eine klare Aufgabentrennung und gegen die Beteiligung des Verfassungsschutzes an Maßnahmen der Prävention und Intervention bspw. in der politischen Bildung.¹⁰ Die Betätigung des Nachrichtendienstes im Bereich von Öffentlichkeitsarbeit sollte eng beschränkt und stattdessen verstärkt auf die Expertise wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und beratender Einrichtungen zurückgegriffen werden. Die entsprechenden Institutionen sind mit den notwendigen Mitteln abzusichern.

⁹ Davon unbenommen ist der Informationsauftrag der Verfassungsschutzbehörden gegenüber staatlichen und öffentlichen Akteuren.

¹⁰ Dies gilt nicht für die Polizei, die bei Prävention und Intervention oft wichtige Funktionen erfüllt. So wie der Fahrradunterricht für Kinder zur Prävention von Unfällen geeignet ist, kann polizeiliche Beratung im Umgang mit Konfliktsituationen (bspw. in Situationen rechter Gewalt) in der Praxis helfen, Schaden abzuwenden. Im Gegensatz dazu hat der Verfassungsschutz als reiner Nachrichtendienst weder die Aufgabe noch die Kompetenz für Präventionsmaßnahmen.

5. Stellschrauben zur Qualitätssicherung

Es ist nicht absehbar, dass von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und organisiertem Rechtsradikalismus in absehbarer Zeit keine Gefährdungen mehr für Leib und Leben von Menschen sowie die demokratische Kultur in Thüringen und Deutschland ausgehen. Um Wirksamkeit, Reichweite und Nachhaltigkeit des Landesprogrammes und der geförderten Maßnahmen langfristig zu sichern und auszubauen, empfiehlt das Kompetenzzentrum Weiterentwicklungen in den Prozessen der Konzeptualisierung sowie im Antrags- und Bewilligungsverfahren des Landesprogrammes.

Bedeutsam für die Festlegung und Erreichbarkeit der Zielsetzung und die Planung geeigneter Maßnahmen ist es, zunächst passende Ansatzpunkte für Maßnahmen der Prävention und Intervention zu bestimmen. Die Höhe des Gefährdungspotenzials und die Zugänglichkeit der anvisierten Zielgruppe sind entscheidende Kriterien, solche Ansatzpunkte zu identifizieren. Dies kann ohne wissenschaftlich erhobene und bereit gestellte Informationen nur schwerlich gelingen. Der Begleitforschung ist daher ein großes Gewicht zu geben. Dies gilt für die Situationsanalyse ebenso wie für das Feld nachhaltigkeitsorientierter Wirksamkeitsforschung und Evaluation von Maßnahmen und Projekten, die nicht nur die Einschätzungen projektbeteiligter Akteurinnen und Akteure umfasst, sondern auch die Auswirkungen auf als problematisch identifizierte Potenziale, Strukturen und Mentalitäten misst. Wirkungszentriertes Vorgehen im Sinne einer theoriegeleiteten Evaluation basiert darauf, dass bereits das Design und die Realisierung von Projekten durch eine Programmtheorie geleitet werden. Diese besteht aus „expliziten und impliziten Annahmen der Stakeholder darüber, mit welchen Maßnahmen und unter welchen organisatorischen und sonstigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen wichtige Ziele erreicht und die problematische Ausgangssituation verbessert werden können“ (Strobl et al. 2012: 9). Sowohl die inhaltliche Ausrichtung des Landesprogrammes als auch die Förderung von Projekten ist daher an Konzepte und Beobachtungen über Ursachen, Entstehung und Radikalisierung des „Rechtsextremismus“ anzulehnen. Im Sinne einer Faustregel kann hier die sozialwissenschaftliche Erkenntnis herangezogen werden, dass niedriger Bildungsgrad sowie soziale Deprivationserfahrungen überragend einflussreiche Faktoren für die Begünstigung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindlicher Einstellungen sind. Handlungsansätze, die auf die Öffnung von Bildungsangeboten in allen Altersgruppen und eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse zielen, sind daher zielführend. Zahlreiche Untersuchungen haben diverse weitere relevante Einflussfaktoren für die Affinität und Resistenz gegenüber „Rechtsextremismus“ identifiziert (Vgl. Kurzdarstellung im

1. Abschnitt). Diese sollten frühzeitig in die Konzipierung von Projekten einbezogen werden. Hilfreich ist zudem, „lokalen Akteuren gesicherte und unabhängige Informationen über den Zustand ihres Gemeinwesens bereitzustellen“ (Heitmeyer und Grau 2013). In der Förderpraxis sollten daher Anträge bevorzugt werden, deren präventiver oder interventionistischer Ansatz aus einem Verstehenskontext über die Entstehung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen resultiert.

Standardisierte, wiederholte und nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten erstellte sozialraumbezogene Situations- und Ressourcenanalysen helfen außerdem, die Wissensbestände lokaler Akteurinnen und Akteure anzugleichen und die Wirksamkeit, Problemfokussierung und Nachhaltigkeit von Maßnahmen zu verstärken. Der lokalen Koordinierung sollte eine Richtschnur für die Anforderungen und Methoden für Situationsanalysen bereitgestellt werden, um deren Vergleichbarkeit im Zeitverlauf und zwischen Regionen zu ermöglichen. Dabei kann an vorhandene Wissensbestände und Forschungen im Kompetenzzentrum Rechtsextremismus angeschlossen werden.

Im Sinne der Qualitätssteigerung ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass Projekte und Maßnahmen nicht ausschließlich zu intendierten Effekten führen. Es ist davon auszugehen, dass „es nicht nur unterschiedliche *Effekttypen* gibt, sondern dass in der Regel ein Projekt auch mehrere Effekte auslöst“ (Strobl et al. 2012: 42). Bei der Erarbeitung und Beurteilung von Maßnahmen sind ungeplante Konsequenzen und mögliche unerwünschte Nebenwirkungen in die Konzeption einzubeziehen, denn auch gut Gemeintes führt nicht immer zu einem guten Ergebnis. Mittels Projekten der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen sollten bspw. in den 1990er Jahren rechtsextreme Gewalttaten reduziert werden. Teilweise entwickelten sich beteiligte Einrichtungen jedoch zu Szeneschwerpunkten, in denen der „Rechtsextremismus“ weiter erstarken konnte. Maßnahmen können daher auch zu einer Verschlechterung der Situation führen. Stakeholder sollten zur Qualitätssicherung etwaige Risiken geplanter Vorhaben ebenso benennen können wie mögliche Umgangsformen mit diesen.

Sowohl bei der Programmgestaltung als auch bei der Entscheidung über zu fördernde Projekte besitzen die Faktoren Strukturbildung und Nachhaltigkeit zentrale Bedeutung. „Modellruinen“ (Roth und Heinrich 2004: 17) sind zu verhindern. Unter Nachhaltigkeit ist in diesem Sinne das Abzielen auf Langzeitwirkungen zu verstehen, welche die Neuaufgabe von temporären Projekten mit identischen Wirkungszielen redundant werden lassen. Eine lernende Verstetigung erfolgreicher Ansätze und Maßnahmen im Zuge der Reformierung relevanter sozialer und institutioneller Regeleinrichtungen ist anzustreben. Aktuell behindert insbesondere die Befristung von Maßnahmen und Personalstellen die Verstetigung und Initiierung von Projekten, die auf eine langfristige Wirkung abzielen. Ursächlich ist

vor allem die an den Landeshaushalt gekoppelte jährliche Befristung von Leistungen und Maßnahmen. Diese hätte jedoch Alternativen: Bei einem bestehenden Konsens der demokratischen Parteien im Thüringer Landtag über die Notwendigkeit der Präventionsarbeit könnte der Freistaat Thüringen bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen. Das wird auch angesichts der Verantwortung, welche der Freistaat im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie trägt, nachdrücklich empfohlen.¹¹

Neben diesen Kernaspekten sehen die Mitglieder des Kompetenzzentrums weitere, im Folgenden zusammengefasste Fortentwicklungsmöglichkeiten für das Landesprogramm:

- Das Kompetenzzentrum empfiehlt, generell ein vielfältiges und breites Akteursspektrum zu fördern.
- Das Kompetenzzentrum regt an, den Austausch mit anderen Bundesländern zu verstärken. Es ist von einer erheblichen Qualitätssteigerung des Programmes auszugehen, wenn Konzepte, Maßnahmen und Erfahrungen zwischen unterschiedlichen Landesprogrammen systematisch abgeglichen und ausgewertet werden.
- Der Arbeits- und Förderschwerpunkt sollte aufgrund der aktuellen Problemkonzentration bei den ländlichen Regionen Thüringens liegen.
- Das Einüben und Fördern von Zivilcourage als Teil der Leit- und Zielorientierungen des Landesprogrammes ist zu erwägen.
- Zugunsten der Effektivität des Landesprogramms wäre ein virtueller Förderkompass im Internet hilfreich, der über private wie öffentliche Fördermöglichkeiten informiert.
- Um die niedrigen Zugangsschwellen *und* eine hohe Qualität realisieren zu können, sind unabhängige, inhaltlich arbeitende Analyse- und Beratungsstellen für lokale Partner/-innen und Handelnde zu stärken.
- Um neben der Breite kognitiv-orientierter Angebote auch die emotionale Wahrnehmung anzusprechen, sollte die bisherige starke Orientierung auf Bildungsprozesse durch die Förderung kultureller und künstlerischer Projekte ergänzt werden.
- Schließlich wünscht das Kompetenzzentrum eine Kooperation mit dem Landesprogramm im Rahmen des „Thüringer Aktionsplans Demokratiebildung“, der für die vorschulische Erziehung bis zum Hochschulstudium derzeit an der FSU entwickelt wird.

¹¹ Bundesweit wird in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Stiftung diskutiert. Diese Möglichkeit sollte auch für die Umsetzung des Landesprogrammes erwogen werden.

6. Literatur

Babka von Gostomski, Christian; Küpper, Beate; Heitmeyer, Wilhelm (2007): Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Suhrkamp (Deutsche Zustände, Folge 5), S. 102–128.

Best, Heinrich; Salheiser, Axel: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz ; Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2012.

Borstel, Dierk; Heitmeyer, Wilhelm (2012): Menschenfeindliche Mentalitäten, radikalisierte Milieus und Rechtsterrorismus. In: Radikale Milieus : das soziale Umfeld terroristischer Gruppen. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verl, S. 339–368.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar; Schilling, Benjamin; Melzer, Ralf (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: Dietz. Online verfügbar unter http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/ergebnisse_mitte_studie_2012.pdf.

Edinger, Michael (2010): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena.

Erb, Rainer (2011): Die linke Szene in Berlin als Herausforderung für die politische Bildung. In: Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 201–230.

Fuhrmann, Maximilian; Johansson, Susanne; Schau, Katja (2011): Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms "Initiative Demokratie Stärken" für den Berichtszeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011. Hg. v. Deutsches Jugendinstitut. München.

Greiffenhagen, Martin (Hg.) (1981): 5 Millionen Deutsche: "Wir sollten wieder einen Führer haben ...". Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH. Orig.-Ausg., 14. - 19. Tsd. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (Rororo rororo-aktuell, 4929).

Heitmeyer, Wilhelm (2007): Unthematisierte Reproduktionsprozesse. Zur Selbststabilisierung eines feindseligen Klimas. In: *Deutsche Zustände* 5 (2007), S. 281–293.

Heitmeyer, Wilhelm (2012a): Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft. Eine Bilanz nach zehn Jahren. In: *Deutsche Zustände*. Berlin: Suhrkamp, S. 321–329.

Heitmeyer, Wilhelm (2012b): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: *Deutsche Zustände* 10 (2012), S. 15–41.

Heitmeyer, Wilhelm (2012c): Rechtsextremismus und gesellschaftliche Selbstentlastung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"* 62 (18/19), S. 22–27.

Heitmeyer, Wilhelm; Grau, Andreas (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement. In: Andreas Grau und Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*. 1., neue Ausg. Weinheim, Bergstr: Beltz Juventa (Konflikt- und Gewaltforschung), S. 11–33.

Lohe, Christian-Friedrich; Schreibeis, Karin; Hofmann, Frank; Beier, Miriam; Kilger, Moritz (2013): Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes "Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln". In: *Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit* 61 (6), S. 265–272.

Neugebauer, Gero (2001): Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen. In: Wilfried Schubarth und Richard Stöss (Hg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Opladen: Leske + Budrich, S. 13–37.

Pfahl-Traughber, Armin (2006): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*. 4. Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe C.-H.-Beck-Wissen, 2112). Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FR119991215148007.pdf>.

Pfahl-Traughber, Armin; Grumke, Thomas (2010): *Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes*. Opladen [u.a.]: Budrich.

Quent, Matthias (2012a): *Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen. Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens*. 1. Aufl. Magdeburg: Meine Verl (Thematische Schriftenreihe Politische Soziologie, 1).

Quent, Matthias (2012b): Neonazistische Machtgewinne in Ostdeutschland. In: *Jugendpolitik - Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendring* (3), S. 30–35.

Quent, Matthias (2012c): Rechtsextremismus - ein ostdeutsches Phänomen? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ* 2012 (16-17), S. 38–42. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/130415/rechtsextremismus-ein-ostdeutsches-phaenomen?p=all>.

Quent, Matthias (2013): Der „Volkstod“ und die Übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen. In: *Berliner Debatte Initial : sozial- und geisteswissenschaftliches Journal* (4), S. (in Vorbereitung).

Roth, Roland (2010): *Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Roth, Roland; Heinrich, Gudrun (2004): *Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus*. Rostock: Univ. Inst. für Politik- und Verwaltungswiss (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, 19).

Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Strobl, Rainer; Lobermeier, Olaf; Heitmeyer, Wilhelm (2012): *Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur*. Dordrecht: Springer.

Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Erfurt, 2012.

Thüringer Landtag (2013): *Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses 5/1. Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der zuständigen Ministerien unter Einschluss der politischen Leitungen, sowie der mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeitenden Personen (so genannte menschliche Quellen) im Zusammenhang mit*

Aktivitäten rechtsextremer Strukturen, insbesondere des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) und des "Thüringer Heimatschutzes" (THS) und seiner Mitglieder sowie mögliche Fehler der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden bei der Aufklärung und Verfolgung der dem NSU und ihm verbundener Netzwerke zugerechneten Straftaten.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.